

Die

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Genesfelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

**Abonnement.**

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 M. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 2573.)  
Für die Länder des Weltpostvereins M. 1.25.

**Redaktion und Expedition.**

Redaktion, Druck und Verlag: **Conrad Müller, Schindler-Str. 10**, wozu alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.  
Redaktionschluss: **Dienstag.**

**Insertion.**

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnement unter Verbringung der Abonnementquittung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Bestellen nach **Rechnung.**

## Kollegen! Agitiert für die Organisation und sorgt für die Stärkung des Kampfbunds!

### Lithographen und Drucker!

Die Sperre wurde verhängt über die Firma Jos. Hesse in Jürth; Firma Carl v. d. Linnepe (Zuh.: W. Maas & F. Lovischach) in Lüdenscheid; Firma Gebr. Reichel (Zuhaber: Kommerzienrat W. Reichel) in Augsburg. — Im Streit befinden sich die Lithographen und Steindrucker der Firma Dohmann in Jferlohn.

J. A.: Otto Sillier.

### Internationaler Kongress

der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen in London.

Zu dem Entwurf der in London beschlossenen Grundzüge für die internationalen Beziehungen ist noch zu bemerken, daß über dieselbe die Kollegen der einzelnen Länder bis 1. Juli 1897 abstimmen sollen. Für Deutschland würde diese Abstimmung in öffentlichen Versammlungen stattzufinden haben.

Ferner ist zu bemerken, daß der Schluß des Absatz 10, welcher lautet: und 4% der Mitglieder einer Organisation sich im Streit befinden, weggelassen muß. Der Antrag war von den englischen Delegierten gestellt, ist aber mit 85 gegen 72 Stimmen abgelehnt worden. Dieser Umstand ist von mir leider bei der Reinschrift übersehen worden.

Conrad Müller.

### Sozialstatistik und kommunale Arbeitsnachweise.

(Fortsetzung.)

#### Was sagen die Gewerkschaften zu den neuen Vorschlägen?

Die Gewerkschaften müssen die Sache so auffassen: Da uns die vorgeschlagenen Vermittlungsämter nicht entfernt das bieten können, was wir beanspruchen, bilden sie vielleicht doch den Kern, aus dem sich das entwickeln kann, was wir erstreben.

Wenn das der Fall ist, so haben wir keine Veranlassung die Errichtung solcher städtischer Arbeitsnachweise zu bekämpfen, ja unter Umständen würden wir sie selbst von den Kommunen verlangen.

Die Berechtigung der Arbeiter, von der Stadtverwaltung die Errichtung von unentgeltlichen Arbeitsnachweisen zu verlangen, bedarf kaum der Begründung, denn die Kommune soll die Sachverwalterin der Interessen ihrer Steuerzahlenden Glieder sein. Es ist heute lediglich eine Frage der Macht, die in den Kommunal-Wahlen ihren Ausdruck findet, ob die Interessen einer Klasse gewählt werden oder nicht. So lange die Kommunalwahlen indirekte oder gar Klassenwahlen sind, ist die Stadt-

verwaltung eine Vertretung der besitzenden Klassen. Diese haben die Macht, ihre Interessen werden gewahrt, die der Arbeiter vernachlässigt. Von solchen Stadtverwaltungen wird man nie und nimmermehr erwarten können, daß sie Einrichtungen schaffen, wie sie der Arbeiter verlangt, und damit muß gerechnet werden.

Wir werden, ohne im Prinzip davon abzugehen, ein von der Stadt bezahltes und von den Arbeitern verwaltetes Nachweissamt zu fordern, uns doch die aussichtslose Arbeit nicht machen, ein solches zu beantragen, falls nicht Zwischenparteien oder Gegner durch Anträge ihrerseits uns dazu zwingen. Ebenso wenig dürfen wir gewisse Grenzen nach der andern Seite überschreiten.

Wir können einer Einrichtung gern zustimmen, wenn 1) die Hälfte der Kommissionsmitglieder für den Nachweis aus Arbeitern, die Hälfte aus Arbeitgeber besteht und die Ernennung durch eine Wahl etwa wie die beißiger zum Gewerbegericht, erfolgt ist; 2) die Arbeiter auf die Wahl oder auf die Person des Vorsitzenden nicht ohne Einfluß sind; 3) der Arbeitsvermittler ein praktischer Arbeiter ist, und endlich 4) die Thätigkeit des Amtes bei Streiks eingestellt wird für den Beruf oder das Geschäft, welches vom Streit betroffen ist.

Ämtliche Verhältnisse können sogar dahin führen, daß die Arbeiter Einrichtungen fordern, welche diese 4 Bedingungen erfüllen, wenn nämlich diese Verfassung einen Fortschritt darstellt, gegen die Zustände am Orte, denn den Kern, aus dem sich Besseres bilden kann, trägt sie in sich.

Bedenklich wird die Sache aber, sobald unser Einfluß auf die Person des Vorsitzenden und des Arbeitsvermittlers schwindet, oder das Statut die Bestimmung enthält, daß die Thätigkeit bei Streiks fortgesetzt werden soll. Auch die Zentralisation der Arbeitsämter kann unter Umständen sehr bedenklich werden.

Soll ein Amt errichtet werden, dessen Vorsitzender zugleich Vorsitzender des Gewerbegerichtes ist, so haben die Arbeiter auf dessen Wahl keinen Einfluß. Ob sie auf seine Person Einfluß haben, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Bedenklich ist es immerhin, weil ein Wechsel in der Person sofort allen Einfluß über den Haufen werfen kann.

Kommt dazu noch die Bestimmung, daß der Arbeitsvermittler Magistratsbeamter sein soll, so ist gar keine Aussicht auf eine wirklich unparteiische Handhabung der Vermittlung, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Treffen aber diese beiden Bestimmungen noch mit der dritten zusammen, daß bei Streiks die Thätigkeit des Amtes fortgesetzt werden soll, so ist der Vorschlag für die Gewerkschaften ganz unannehmbar.

Die Zentralisation der Arbeitsämter soll wesentlich den Zweck haben, Arbeit nach außerhalb zu

vermitteln, und nur nebenbei wird dann davon die Rede sein, Ratsschläge für die Verwaltungspraxis auszutauschen. Ob bei solchen Austauschverbesserungen im Sinne unserer Forderungen eingeführt werden, ist auch noch eine große Frage. Nun aber bedente man die Wirkungen, wenn ein solches Arbeitsamt nach außerhalb vermittelt und bei Streiks die Thätigkeit nicht einstellt! Das Amt würde geradezu ein Institut für Streikbruch und zur Förderung der Lohnbrückeri werden, so bald die Gewerkschaften keinen genügenden Einfluß haben.

Der Vorschlag fällt um so mehr auf, als dafür gar keine Notwendigkeit vorliegt. Mit den heutigen Mitteln ist daselbe zu erzielen, was der umständliche Apparat leisten kann.

Wenn die Kommune nach außerhalb Arbeit vermittelt, so sollte sie logischer Weise auch für die Reise- und Umzugskosten aufkommen und etwaige Notlagen berücksichtigen. Das wäre ein Gegengewicht, allzu großen Zuzug von Lohnbrückeri und Streikbrechern fernzuhalten. Welche Kommune aber wird darauf eingehen, falls sie nicht selbst einen Vorteil dabei hat?

Die Bedenken wachsen mit jedem weiteren Vorschlag. Je größer die Unternehmen geplant sind und je mehr unser Einfluß schwindet, desto mehr Bedenken für uns. — Wenn Vorschläge gemacht werden, wie der, der Kommission durch die Organisation der Arbeiter und Unternehmer wählen zu lassen, kann sehr leicht das Uebergewicht auf die Seite der Unternehmer sein; selbst dann, wenn die Kommission je zur Hälfte aus Arbeitern und Arbeitgebern besteht und der Vorsitzende wirklich unparteiisch ist. Es ist nur nötig, einen Teil der Mitglieder der Kommission durch Kirch-Duntersche oder christliche Gesellenvereiner wählen zu lassen, so ist es fast immer sicher, daß die Meinung der Unternehmer zum Uebergewicht gelangt. Genau so liegt es, wenn der Vorsitzende und Arbeitsvermittler von einer Stadtvertretung mit kapitalistenfreundlicher Gesinnung ernannt werden.

In solchen Fällen muß die Arbeiterschaft stets alles aufbieten, um die Errichtung des Institutes zu verhindern. Nicht anders darf das Verhalten der Arbeiterschaft sein, wenn die Auskunftsverteilung eingeführt werden soll. Daß jeder Arbeiter seine Branche angeht, ist selbstredend; aber man verlangt, daß er seinen ganzen Lebenslauf schildern soll, die Stärke seiner Familie und andere detaillierte Auskunft, um die sich kein Arbeitgeber zu kümmern hat. Was nützen da alle schönen Versicherungen, daß nach der politischen Meinung nicht gefragt werden soll, man wird schon Auswege finden, zumal wenn unser Einfluß nicht genügend stark ist.

Je nach der hier nur kurz angedeuteten Stellung der Gewerkschaften zu den Arbeitsnachweisen wird es sich auch entscheiden, ob dieselben einwilligen,

mehr oder weniger umfangreiche Arbeiten dem Amt zu überweisen. Ohne genügenden Einfluß unsererseits müßte auch das abgelehnt werden. In allen Fällen ist eine genaue Abwägung der etwa gebotenen Vorteile und Nachteile, Pflicht der Gewerkschaften.

Die Machtfrage.

Bei der Verschiedenartigkeit der Interessen an der Einrichtung und Gründung kommunaler Arbeitsnachweise kann es nicht ausbleiben, daß einer der Beteiligten den Vorschlag der Zwischenpersonen verweigert oder die Beteiligung ablehnt.

Soll dieses Verhalten einen Einfluß ausüben, so muß der Urheber desselben eine gewisse Macht haben. In der Regel wird der Einspruch von der Arbeiterschaft ausgehen, weil die vorschlagenden Zwischenpersonen mehr mit dem Unternehmertum als mit der Arbeiterschaft sympathisieren. Die sogenannte Unparteilichkeit mag in einzelnen Fällen auch noch vorhanden sein, so lange die Zwischenpersonen allein arbeiten — so bald aber die Kommune der Sache sich annimmt, hört die Unparteilichkeit auf. Bei der Beratung in der Kommunalverwaltung entstehen denn in der Regel auch alle die für den Arbeiter unannehmbaren Bestimmungen. Nach dieser Sachlage muß die Machtfrage erörtert werden.

Es ist ein schwerer Fehler, die Macht der Gewerkschaften zu unterschätzen. Sie richtet sich nicht nur nach der Zahl ihrer Mitglieder, sondern nach dem Einfluß, den sie auf die Arbeiterschaft ausübt, und der wahrhaftig so geringfügig nicht ist.

Wenn das Statut des geplanten Arbeitsnachweises Bestimmungen enthält, die wir ablehnen müssen, so können wir in Versammlungen, in der Presse, in Flugblättern der Arbeiterschaft, und allen, die mit ihr sympathisieren, das Unannehmbare in seinen Ursachen und Wirkungen auseinandersetzen und öffentlich und durch mündliche Aussprache bei allen Gelegenheiten unsere ablehnende Stellung bekannt machen, sowie der Arbeiterschaft raten, einen solchen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen. Je nach dem Grade, in dem der zu gründende Arbeitsnachweis unsere Bedenken erregt, wird sich auch unsere Machtenfaltung richten.

Seiten freilich wird selbst die stärkste Machtenfaltung die Errichtung eines geplanten Nachweises ganz verhindern und dann taucht die zweite Frage auf, sollen wir nicht nur der Arbeiterschaft raten, den Nachweis nicht zu benutzen, oder sollen wir es auch ablehnen, Delegierte in die Kommission zu entsenden. Die zweite Frage erscheint schwieriger, weil sie sich nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall beantworten läßt. In den Fällen, in denen außer den Vertretern der Gewerkschaften noch Vertreter Hirsch-Dunkerler, katholischer oder evangelischer Vereine berufen werden, können wir gerade deshalb Veranlassung haben, auf die Wahl von Delegierten nicht zu verzichten, weil in wirtschaftlichen Dingen jene Leute nicht immer unsere Gegner sind, oft vielmehr nur an Wissen und Erfahrung unseren Freunden nachstehen. Das hat die Praxis der Gewerbegerichte gezeigt, und es ist auch sehr natürlich: die genannten Vereine sind nicht auf den Kampf zugeschnitten, und der Kampf allein bringt die nötige Erfahrung.

Wenn von uns keine Kommissionsmitglieder gewählt werden, so ist von vornherein unser Einfluß auf die Aenderung der Statuten ausgeschlossen, ebenso die Kritik des Instituts. Gerade diese kann aber unter Umständen von Wichtigkeit werden.

Von einer „Macht“ der Zwischenpersonen kann man nicht gut reden. Sie haben höchstens einen Einfluß auf die Stadtverwaltungen, die aber erst dann maßgebend wird, wenn ein Teil des Unternehmertums seinen Segen dazu giebt.

Dagegen darf die Macht der Unternehmer nicht aus den Augen gelassen werden. Sie wächst mit jedem wirtschaftlichen Niedergang und fällt bei jedem Aufschwung im Gegensatz zur Macht der Gewerkschaften. Das hat zur Folge, daß gerade in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, wenn den Zwischenpersonen ihr „gutes Herz“ schlägt, wenn sie Wette laufen, den Arbeiter mit Wohlthaten zu beglücken, der Unternehmer gar kein Interesse hat, seine Hand zu bieten. Wenn er sie bietet, so gebraucht er seine ganze Macht dabei, die

stark genug ist, um Einrichtungen zu schaffen, die im strengsten Gegensatz zu unseren Interessen stehen. Wenn das Unternehmertum seine Beteiligung an den Arbeitsnachweisen ablehnt, so ist schon so gut wie gar keine Aussicht vorhanden, daß eine solche von der Kommune gegründet werde. Diese Ablehnung erfolgt aber regelmäßig, wenn die Statuten den Wünschen der Arbeiter entsprechen.

Für die grundsätzliche Stellung der Gewerkschaften zu den kommunalen Arbeitsnachweisen würden wir demnach folgende Sätze vorschlagen:

„Wo es ausgeschlossen ist, daß die Kommunen Arbeitsnachweise errichten, deren Statuten die Gewerkschaften zustimmen können, oder wo keine Aussicht vorhanden ist, daß Statuten, von den Gewerkschaften ausgearbeitet, die Zustimmung der Kommune finden, haben die Gewerkschaften keine Veranlassung, Anträge auf Errichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen zu stellen.

Wo Zwischenpersonen solche Anträge stellen, die für die Arbeiter unannehmbar sind, müssen Änderungsanträge gemacht werden. Wenn diese Vorschläge abgelehnt werden, und die Gewerkschaften die Errichtung des Arbeitsnachweises nicht verhindern können, bleibt die Frage von Fall zu Fall zu entscheiden, ob trotzdem Kommissionsmitglieder gewählt werden sollen.

Zu empfehlen ist dies, um Einfluß auf Aenderung der Statuten zu gewinnen und die nötigen Unterlagen für die öffentliche Kritik der Tätigkeit des Amtes zu bekommen. Diese Kritik führt am leichtesten dazu, die Arbeiter vor der Benutzung des Amtes zu warnen, wo eine solche Warnung nötig ist.“ (Schluß folgt.)

Der internationale Sozialisten- und Gewerkschafts-Kongress.

welcher vom 26. Juli bis 1. August in London tagte, hat folgende, von der wirtschaftlichen Kommission vorgeschlagene und vom Reichstagsabgeordneten Genossen Wolfenbühler vertretene Resolution über die Wirtschaftspolitik des internationalen Proletariats gefaßt:

I. Der Kongress erklärt, daß die Arbeiter aller Nationen die Bergeschäftigung der Produktions-, Transport- und Bertelungsmittel und die Organisation der Produktion unter demokratischer Kontrolle der ganzen Gesellschaft anzustreben haben, um so die Arbeiterklasse und das unterdrückte Volk überhaupt von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Der Kongress ist ferner der Ansicht, daß die nationale und internationale Agitation in diesem Sinne jeden Tag nötiger wird in Anbetracht des Wachstums der nationalen und internationalen Kartelle und Ringe, hinter welchen große kapitalistische Organisationen stehen und die die freie Konkurrenz unterdrücken. Petroleum, Garn, gewisse Mineralien, große Eisenwerke werden bereits von Kapitalistengruppen monopolisiert, die sich anmaßen, die Preise und die Löhne nach Belieben festzusetzen. Solche kapitalistische Konzernorganisationen können von den einzelnen Gewerkschaften oder durch vereinzeltes politisches Vorgehen nicht mit Erfolg bekämpft werden. Umfassendere Organisationen der Arbeiter sind unerlässlich, um diesen großen Vereinigungen entgegenzutreten zu können. Der Kongress empfiehlt deshalb, daß die Länder, in welchen die Arbeiterparteien das Vorgehen der Trusts und Kartelle bereits planmäßig verfolgen, eine internationale Agentur schaffen, welche die Nationen dieser kapitalistischen Verbindungen kontrollieren und auf die Bergeschäftigung dieser Unternehmungen vermittels nationaler und internationaler Gelegungen einwirken soll.

Anstatt dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, wird die zunehmende Reichtumsproduktion zur Ursache der nationalen und internationalen Kriegen. Die Arbeiter werden auf die Straße geworfen durch die Gewalt der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie bis jetzt nicht imstande waren zu regeln. Die Notwendigkeit, diesem chaotischen System durch Bergeschäftigung der Produktion ein Ende zu machen, wird in allen zivilisierten Ländern anerkannt. Die großen Kohlenminen, die großen Eisenwerke und chemischen Fabriken, die Eisenbahnen haben auch bereits einen Umdehnungsgrad erreicht, bei dem ihrer Bergeschäftigung keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter der Welt auf, unerlässlich bestimmte Maßregeln zur Bergeschäftigung, Nationalisierung und Kommunalisierung der Produktion in ihren respektiven Ländern anzubahnen und einander über die gethanen Schritte zu informieren, um ein möglichst gleichmäßiges, internationales Vorgehen herbeizuführen.

II. Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerlässlich, um der wirtschaftlichen Herrschaft des Kapitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerkschaften keine auskömmlichen Löhne und keine verlässige Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Gesellschaft selbst Befähigung hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund

und Bodens und der Berkehrsmittel. Das hat zur unläßlichen Voraussetzung ein System gezeigerterter Maßnahmen. Um diese vollkommen durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die ausschlaggebende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren.

Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist.

Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Betätigung der Arbeiterklasse. Das die Arbeiter im freien Kampf gegen ihre Ausbeuter erringen, müssen sie oft erst als politische Macht gezeigerterter festlegen, um es sich zu sichern. In anderen Fällen macht die gezeigerterter Ertrungenschaft den gewerkschaftlichen Konflikt überflüssig. Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in Bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in Bezug auf die Arbeitszeitgegebung wird desto mehr zur Notwendigkeit je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln.

Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

- 1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrbrämen;
- 2. Durchführung einer internationalen Arbeiterschuttsgegebung. In dem der Kongress in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses\*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich zu konzentrieren auf:
  - a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu erringen;
  - b) das Schwuppsystem zu beseitigen und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen;
  - c) ein vollständig freies Betretms- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

Um dieses durchzuführen ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung notwendig.

Deshalb erklärt der Kongress anschließend an die gleichen Beschlüsse des Pariser und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erfordernis im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land erstrecken, zusammenschließen und ist jede Zerstückelung der Kräfte in Sonderorganisationen zu vermeiden. Die politische Anspannung darf keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder anzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzuführen.

Neben dem Kampf für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausföhrung der Arbeiterschuttsgegebung zu überwachen, die Beseitigung gesundheitsschädlicher Betriebsformen, des Schwupps und Trudhyems zu eritreben.

Der Kongress hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Zentralkomitee einzusetzen. Diese Komitees sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorkommenden wichtigen Vorgänge gegenseitig melden.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden, und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

\*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterschuttsgegebung, in welcher folgende Forderungen zum Gesetz erhoben werden sollen:

- 1. Der achtstündige Normalarbeitstag;
- 2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen, von 14 bis 18 Jahren, auf 6 Stunden täglich;
- 3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
- 4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
- 5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
- 6. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
- 7. Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
- 8. Aufhebung des Trudhyems;
- 9. Eine alle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Bei Streiks, Lock-outs und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen.

Internationale Branchenkongresse.

Der zweite internationale Kongress der Metallarbeiter fand am 23. und 25. Juli in London statt. Es waren 25 Delegierte, davon 13 aus England, anwesend...

Ein internationaler Kongress der Tabakarbeiter wurde vom 19. bis 25. Juli in London abgehalten. Es waren 12 Delegierte anwesend, und zwar aus England, Deutschland, Schweden-Norwegen-Dänemark, der Schweiz, Belgien und Holland.

Ein internationaler Schuhmacherkongress tagte vom 27. bis 31. Juli in London. Es waren 12 Delegierte von 7 aus England, 2 aus Frankreich, 2 aus Deutschland und 1 aus Österreich, erschienen.

Eine internationale Konferenz der Brauereiarbeiter fand während der Tagung des allgemeinen Arbeiterkongresses in London statt. Es waren Vertreter aus England, Deutschland, Österreich-Ungarn, Amerika und der Schweiz anwesend.

Abrechnung vom Streik

der Formstecher in Mählanien und Tapetendrucker in Leipzig pro 1895.

Table with 2 columns: Einnahme and Ausgabe. Lists various locations like Braunschweig, Berlin, Chemnitz, etc., with corresponding amounts in Mark.

NB. Von Altona bis jetzt noch keine Listen und Geld eingelangt.

Revisiert und richtig befunden die Revisoren: D. Dausch, Andreas Müller.

Berlin, den 2. August 1896.

Für den Vorstand: Otto Sillier.

Wilhelm Brall, Kassierer.

Korrespondenzen.

Leipzig. Ueber den Artikel, "Musteranstalt", die Firma C. Wittstock in Leipzig betreffend, in Nr. der Gr. Pr., giebt Herr D. Gr. seine Entrüstung in einer Berichtigung in Nr. 32 der Gr. Pr. kund.

Mainz. In ähnlicher Weise wie an anderen Orten wurde auch hier von den Mitgliedern des Senefelder Bundes in Gemeinschaft mit denjenigen der Organisation eine Fester arrangiert zur Erinnerung an die Erfindung der Lithographie...

u. f. w., eine gut zusammengestellte und gesprochene Begründungsrede und Biographie Senefelders auf. Am Morgen des genannten Tages schied es, als sollten die Anstrengungen der Kommission durch regnerisches Wetter zu nichte gemacht werden.

Stuttgart. Den Kollegen bene vorläufig zur Nachricht, daß hier die Forderung der Einführung der 9 resp. 8 1/2 stündigen Arbeitszeit, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, prozentualer Zuschlag für Uebergearbeiten den Brütgalen unterbreitet und vom größten Teile bis zur Stunde bewilligt wurde.

Stuttgart. Unser früherer Kollege Karl S. in S. scheint durch meinen Bericht, die Centenarfeier betreffend, in Nr. 30 vom 24. Juli, aufs neue erregt zu sein. Wenn nicht offenbar die Absicht bestände, den Stuttgarter Kollegen etwas am Zeug zu flicken und dieselben in Mißkredit zu bringen, würde ich kaum die "Graph. Presse" nochmals in Anspruch nehmen.

Leipzig. Ueber den Artikel, "Musteranstalt", die Firma C. Wittstock in Leipzig betreffend, in Nr. der Gr. Pr., giebt Herr D. Gr. seine Entrüstung in einer Berichtigung in Nr. 32 der Gr. Pr. kund. Kollege Gr. führt nur den Punkt "Strafgelder" betreffend an. Seine Berichtigung sieht aber aus sehr schwachen Füßen.

\*) Der gestrichene Satz enthielt eine beleidigende Mutmaßung und mußte deshalb weggelassen. Die Art und Weise wie das Hoch zustande kam, ist übrigens aus dem Bericht in Nr. 30 klar ersichtlich. Die Redaktion.

Alkohol u. Co.

"Alkohol u. Co., Hoflieferanten Sr. Maj. des Königs Tod. Größtes Geschäft in Deutschland! 300 000 Fiktalen in allen Städten, Marktorten und Dörfern. Täglich werden neue eröffnet!"

Unter diesem Titel bringen die von Dr. Wilh. Vobe (Deutscher Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke) herausgegebenen Blätter zum Weitergeben einen kräftigen Artikel, in dem es unter anderem heißt:

"Unsere Geschäfte sind vom frühen Morgen bis zu später Nacht geöffnet. In Anbetracht ihrer segensreichen Wirksamkeit sind sie durch die Reichsgesetzgebung auch von der Sonntagsruhe befreit, so daß wir unsere Kunden jederzeit, Sonntags wie Werktags, am Tage wie bei der Nacht bedienen können. Unser kolossaler Absatz zeugt am besten für die Vortrefflichkeit unserer Waren.

In Deutschland werden zur Zeit im Jahre getrunken: 676,470,000 Liter Branntwein, 4,455,600,000 Liter Bier, 322,000,000 Liter Wein zum Preise von insgesammt Mark 2,500,000,000 und hergestellt aus 13 Millionen Doppelcentner Gerste, 3 1/2 Millionen Doppelcentner Roggen, 21 Millionen Doppelcentner Kartoffeln, 1/4 Millionen Doppelcentner Rüben. Die Felber, auf denen alle diese Rohprodukte her-

gestellt werden, würden zusammen 17,995 Quadratmeter, also ein Land einnehmen, das zwischen Württemberg und Baden etwa die Mitte hält.

Wir sind die größten Arbeitgeber im Reiche, da wir etwa 1 1/2 Millionen Menschen beschäftigen. Wir schonen selbst Leben und Gesundheit unserer Leute nicht, um unseren Kunden einen guten Tropfen zu liefern. Die Herstellung deutschen Branntweins kostete 1893 (nach der Reichsanstaltsstatistik) 685 Leichtverletzte und 28 Tode; die Herstellung des Bieres 4629 Leichtverletzte, 1033 Schwerverletzte und 85 Tode. Hierbei sind die entsprechenden landwirtschaftlichen und andere Arbeiter nicht mitgerechnet. — Wir sind es, die den Richtern, Rechtsanwältinnen und Gerichtsschreibern Beschäftigung und damit Brot geben. Ohne uns müßte die Hälfte der Genarmen und Polizisten zu dem großen Heere der Arbeitslosen übergehen; ohne uns würde mindestens die Hälfte der Gefängnisse und Zuchthäuser leer stehen, ebenso die Hälfte der Waisenhäuser, Krankenhäuser und vieler anderer Anstalten. Wir verwandeln ferner durch fortgesetzte Gaben unserer Kraftgetränke Reiche in Arme, tüchtige Arbeiter in Zagabunden und Lumpen, Gesunde in Kranke, Zunge in zitternde Gresse. Um nur einen großen Segen zu erwähnen, der von unserer Firma ausgeht, so wollen wir hervorheben, daß wir die Ueberfütterung des Reiches hintanhalten. Wenn sie nicht tranken, würden viel

mehr Menschen die normale Lebensdauer von 70 bis 80 Jahren erreichen. Es würden viel weniger Anfälle und Selbstmorde vorkommen. Es würden Tausende von Kindern, die jetzt alljährlich sterben, weil sie Trinkerblut geerbt haben, oder weil sie in elenden Trinkerwohnungen existieren, am Leben bleiben. Wir haben den vielfachen Segen, der von einem stoffigen Gebrauch unserer Waren herrührt, nur deshalb angedeutet, weil die neue Sekte der sogenannten Mäßigkeitsfreunde uns jetzt zu diskretieren sucht. Hütet Euch vor diesen Wölfen im Schafsfelle! Diese Vagner sagen, das Trinken bringt nichts ein. Seht die Wirte, Weinbändler u. f. w. an, ob ihnen das Trinken wirklich nichts einbringt. Diese Fanatiker gönnen Euch höchstens leichtes Bier, Kaffee, Tee und (horribile dictu!) Wasser. Wollt Ihr Wasser trinken wie das liebe Vieh, wie die Pflanzen auf den Feldern? Die Natur oder die Gottheit mag es zu einem Getränke bestimmen haben, der Menschenwohl ist aber längst darüber hinaus. Geht vom Wasser nur ein Hundertstel des Segens aus, den wir hier vom Alkohol ausjagen konnten? Darum hütet Euch davor, wartet andere davor, bringt uns Euer Geld, opfert uns Eure Zeit, Euer Kraft, Euren Verstand, Euren Charakter, Euer Glück! Trinkt! Trinkt! Trinkt!"

R. S. ein Bestmüßig zu sein, sonst müßte er sich doch als früherer Stuttgarter Kollege freuen, daß prinzipielle Vergehen nicht zu konstatieren sind. Er würde alsdann auch nicht von Sachlichen ins Persönliche übergehen, nur um Recht zu behalten. Bei dieser Gelegenheit empfehle ich dem Kollegen R. S., die bekannte Fabel vom Wolf und Schaf nachzulesen. — Kollege R. S. war ja bei den beratenden Versammlungen in Stuttgart anwesend, er weiß also auch, wieviel Stimmen die Opposition zählte; wenn er trotzdem schreibt: „Bekämpft sind diese Phantasiebeschlüsse nicht worden“, so läßt ihn sein Gedächtnis arg im Stich. Kollege R. S. müßte es doch wissen, welche lange und lebhafteste Debatten stattfanden. — Bedauern würde ich, wenn Kollege R. S. durch die von ihm erteilten Beschlüsse sich veranlaßt gesehen hätte, den Stuttgarter Staub von den Pantoffeln zu schütteln. — Der Zweck ist jedenfalls erreicht, den Stuttgarter Kollegen eins auszuwaschen, denn etwas bleibt ja immer hängen, was die Versammlungsberichte aus den verschiedenen Städten beweisen, wo man als abjurdendendes Beispiel auf die Stuttgarter Kollegen hinweist. Da wir hier nun doch wissen, was wir zu thun haben, trotz untergeordneter „Harmonieübungen“, „Prinzipienfestigkeit“ und „Hurraypatriotismus“, das beweist das Eintreten für die Verbesserung unserer Klassenlage (siehe obige Notiz unter Stuttgart). Sie ist auch zugleich die beste Antwort für die gegen uns erhobenen Verdächtigungen. Für mich ist die Sache hiermit erledigt. G. Schmid.

**Wien. Zu beachten!** Es ist seit neuerer Zeit bei einigen Wiener Firmen Wohlgehabenheit geworden, daß sie, wenn sie irgend eine größere Arbeit, besonders in Chromo, in Aussicht haben, auf diesseits schon Lithographen nicht nur aus dem Inlande, sondern auch aus dem Auslande mit mancherlei Versprechungen engagieren; nun kommt es aber zumeist vor, daß diese Herren Prinzipale die Arbeit nicht bekommen, dann kann natürlich der betreffende Lithograph wieder hingehen wo er hergekommen ist. Dieses Vorgehen ist nicht recht, da mancher, in der Hoffnung seine Lage zu verbessern, eine Stelle ausgiebt und nun gründlich enttäuscht wird, weil gewisse Wien den Chromolithographen kein wirksames Feld bietet. Um nun die Jagdgenossen vor Schaden zu bewahren, ist der Klub der Lithographen in Wien sehr gern bereit unparteiliche Auskünfte jenen Konditionsverwerbern zu geben, welche auf den hiesigen Platz rekrutieren oder mit einer Wiener Firma unersetzliches wegen Kondition zu unterhandeln gedenken. Wir erhoffen dadurch eine Gegenseitigkeit, weil anderwärts derartige Manipulationen gewiß auch vorkommen werden, und wir auch unsere Wiener Kollegen vor dergleichen Enttäuschungen bewahren wollen. Angeregt wurde diese Notiz durch Vorwissen bei den Firmen: A. Berger, W. D. Köhler und J. Zuer, VII, Breitegasse in Wien. Klub der Lithographen Wiens. Klublokal: VI Lehmgrüben-gasse 14, Ferd. Königs Restauration.

**Verstärkendes.**

**Eine freie Konferenz** der Buchbinder tagte am 16. August in Berlin. Anwesend waren 16 Delegierte aus Berlin, Brandenburg, Dresden, Hamburg und Leipzig. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die allgemeine Lohnbewegung, welche vom Verbandsvorstand aus in ähnlicher Weise angeregt wurde wie im Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Auf Grund der vorgetragenen Situationsberichte ist die Konferenz zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Vorgehen zum Zwecke der Verbesserung der Lebenslage unserer Kollegen sehr am Platze ist. Die Konferenz verkennt indes keineswegs die Schwierigkeiten, die einem solchen Vorgehen entgegenstehen und leitet sie aus den besonderen lokalen und Branchenverhältnissen ab, daß die Bewegung sich diesen Besonderheiten anpassen hat. Als Grundlage der zu stellenden Forderungen werden die Vorschläge des Verbandsvorstandes akzeptiert mit dem hinzuzufügen, daß für Berlin und Leipzig Nachdruck auf die Bewilligung der aufgestellten, zum Teil noch abzuändernden Löhne zu legen ist. Alle Städte werden ersucht, nach Möglichkeit mit in die Bewegung einzutreten und wo nicht selbstständig Forderungen aufgestellt werden können, doch die Arbeit für solche Orte zu verweigern, wo die Lohnbewegung in einem Streik überzugehen droht. Spiegelbild wird die Kollegenchaft von Stuttgart und Hannover noch eingeladen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Kollegen aller Orte, den Ernst der Zeit begreifend, ihre ganze finanzielle Spannkraft anstrengen, um die vorhandenen Kampfmittel unverzüglich zu vermehren.“

Ein flüssiger Beleg für den lähmenden Einfluß, den das Internerthum auf die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitergesetzes ausübt, ist durch den Gewerbeinspektor Dr. Max Schneider in Köln geliefert worden. Die „Rheinische Zeitung“ berichtet darüber: Die Arbeiter der Kölner Baumwoll-Spinnerei und Weberei waren bei dem Gewerbeinspektor vorstellig geworden, weil in genanntem Betrieb die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Frühstücks- und Vesperpausen nicht innegehalten wurden. Dem Wunsch der Arbeiter, den Betrieb einer Durchsicht zu unterziehen und die Einhaltung der Pausen zu veranlassen, war Herr Schneider aber nach der Ansicht der Beschäftigten nicht nachgegeben und nun wandten sich diese an das Gewerkschaftskartell, das für die Uebermittlung und Vertretung berechtigter Klagen der Arbeiter eintritt. Das Kartell unterbreitete die Beschwerden nochmals dem Gewerbeinspektor und darauf erklärte dieser dem Vertreter des Kartells, er habe bei genannter Firma die Arbeitsordnung eingesehen, derselben sei vor kurzer Zeit ein Nachtrag zugefügt worden, wonach die fraglichen Pausen aufgehoben seien. Hierzu hätten die Arbeiter ihr Einverständnis gegeben und es sei daher die Beschwerde vollständig unbegründet. Wenn man nochmals mit dergleichen unangenehmen Beschwerden komme — es sei dies schon einige Male vorgekommen — werde er überhaupt die Beschwerden nicht

mehr anführen. Oder glaube man vielleicht, es solle ihm wie seinem Vorgänger ergehen, der Köln habe verlassen müssen?

Die Ergebnisse der Leipziger Arbeiterzählung vom 1. Mai werden jetzt veröffentlicht. Die Zählung erstreckt sich auf die Arbeiter aller der Betriebe, die in 4 ihrer Gewerbe-Anlagen mindestens 10 Arbeiter beschäftigen und 2. durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität) bewegte Triebwerke verwenden oder 3. Müttenwerke, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werkstätten, solche Ziegeleien, Brüche und solche nicht bergmännisch abgebaute Gruben besitzen, die nicht bloß vorübergehend in Betrieb sind oder 4. deren Anlagen nach § 16 der Gewerbeordnung und den Nachträgen hierzu besonderer Genehmigung unterliegen. Das Ergebnis der Zählung war, daß in 1481 Betrieben 48186 Arbeiter und 17482 Arbeiterinnen, zusammen ein Personal von 65668 Köpfen beschäftigt wurde. Auf Alt-Leipzig kommen davon 839 Betriebe und 31262 Arbeiter und Arbeiterinnen, auf Neu-Leipzig, d. h. auf die einverleibten Döfer, 642 Betriebe und 34406 Arbeiter und Arbeiterinnen. Dem Gewerbe nach verteilten sich die Betriebe und Arbeiter u. a. wie folgt: Maschinen, Instrumente und Apparate 204 Betriebe, 12044 Arbeiter; polygraphische Gewerbe 235 B., 10462 A. (u. Arbeiterinnen); Baugewerbe 172 B., 9610 A.; Textilindustrie 45 B., 8525 A. (darunter 5153 Arbeiterinnen); Papierindustrie 106 B., 6155 A. (3050 Arbeiterinnen); Bekleidung und Färbung 128 B., 4264 A. (2847 Arbeiterinnen); Metallbearbeitung 142 B., 3852 A.; Holz- und Schnitzstoffe 113 B., 2719 A.; Nahrungsmittel und Genussmittel 120 B., 2451 A.; Lederindustrie 37 B., 1744 A.; Industrie der Steine und Erden 34 B., 1159 A. In den übrigen Gewerben sind weniger als 1000 Arbeiter beschäftigt.

Der **Fabrikinspektor** für Schwaben und Neuburg, Max Gähner in Augsburg, sagt in seinem Jahresbericht über den Verkehr mit den Arbeitern: „Aus der Furcht vor Entlassung erklärt sich auch die Zurückhaltung der Arbeiter im allgemeinen. Es wurden deshalb auch im Jahre 1895 die Sprechstunden nicht besonders frequentiert. — Die sozialdemokratische Beschwerdebekanntmachung entfaltete im Vergleich zu jener der ordnungslebenden Arbeitervereine eine regere Thätigkeit. Letztere war nur mit zwei berechtigten Beschwerden an den Berichterstatter herangetreten, während die erstere eine weitaus größere Anzahl Beschwerden anbrachte, die größtenteils als zutreffend sich erwiesen und auch nach Thunlichkeit mit Hilfe der Polizeibehörden abgestellt wurden.“

In **Neumünster** ist am Sonnabend, den 8. August in sämtlichen Textfabriken die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängert worden, womit ein lange gehegter Wunsch der gesamten Arbeiterschaft erfüllt ist. Im Jahre 1888 war die Forderung der halben Stunde Verlängerung die Ursache des lang andauernden großen Luddemacherstreiks. Damals hieß es, daß die Fabrikanten unter keinen Umständen die Forderung erfüllen könnten. Jetzt ist das mit einem Male ohne große Schwierigkeiten möglich.

**Pittetarisches.**

Der **Halbtonprozess**. Ein praktisches Handbuch für Halbtonhochätzung auf Kupfer und Zint von J. Verfasser, aus dem Englischen überfetzt von Dr. G. Karland, Verlag von W. B. Knapp, Halle a. S. Preis 4 Mk. Unter den mannigfachen Reproduktionsverfahren nimmt die photographische Uebertragung und Hochätzung auf Kupfer oder Zint eine hervorragende Stelle ein, besonders seitdem es durch Anwendung sogenannter Master gelungen ist, Halbton zu erzielen, welche die feinsten Partien eines Bildes möglichst getreu wiedergeben. Der Verfasser sowie der Uebersetzer des uns vorliegenden Buches geben aus eigener praktischer Erfahrung eine wenn auch knapp gehaltene aber dennoch erschöpfende Anleitung zur Ausübung dieser Kunst. Interessenten möge das nachstehende Inhaltsverzeichnis als Hinweis dienen: Was versteht man unter Halbton? Das Mittel und seine Einrichtungen. Das Master. Das Dunkelzimmer. Der Uebertragungsraum. Der Negativ. Fehler und deren Beseitigung bei Anfertigung der Negative. Uebertragung der negativen Bilder auf Metall. Die Negung. Das Montieren und der Probeindruck. Nachtrag.

Das **illustrirte Buch der Erfindungen**, eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerb- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie sowie des heutigen Weltverkehrs. Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von J. G. Bogt. In wöchentlichen Lieferungen à 10 Pf. oder in Heften à 50 Pf. Verlag von Ernst Wiefel Nachf., Leipzig. H. 1—5 (Heft 1).

Die **Zukunft der deutschen Gewerkschaften** und ihre nächste Aufgabe. Mit einem Anhang: Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation von Fr. Hoffmann, Berlin, Verlag von J. Sassenbach, Berlin. Preis 15 Pf. Der Verfasser erblickt das Heil zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter in der Bildung von Industrieverbänden zu deren Gründung er energisch auffordert, obgleich er selbst zugiebt, daß die deutschen Arbeiter für diese Art der Organisation noch nicht reif sind. — Beachtenswert dagegen ist was der Verfasser über die Thätigkeit der Vertrauensleute der Gewerkschaften in den einzelnen Orten schreibt. Eine solche Thätigkeit wird übrigens wohl auch bereits von den meisten Organisationen gepflegt.

**Briefkasten des Vorstandes.**

**Deuthan-Männer:** 90 Pf. Beitrag erhalten.  
**Strümpfer-Einbe:** 4,90 Mk. Beitrag erhalten.  
**Koch-Vordand:** 5,20 Mk. Beitrag erhalten.  
**Kreudt-Salzwedel:** 2 Mk. Beitrag und 20 Pf. für Konakch erhalten. Mitgliedsbuch noch nicht eingetroffen.  
**Ulrich-Main:** Chromolithographen sind hier als arbeitslos keine angemeldet.  
**Fährer-Furzwangen:** 1,40 Mk. Beitrag. Da Sie Ihren Austritt erklären, so erhalten Sie Ihr Buch ungelandt.

**Briefkasten der Redaktion.**

**J. S., Wien.** Wegen Uebergewicht Ihres Briefes 20 Pf. Strafbote bezahlt.  
**V. S., Offenbach.** Versicherungspflichtig gegen Unfall sind nach dem Gesetz u. a. alle jene Betriebe, in welchem 10 Arbeiter regelmäßig gewerbsmäßig beschäftigt werden. Erreicht also in einer Betriebsstätte die Zahl der beschäftigten Lithographen, Drucker, Schreier u. die Ziffer 10, so ist diese Druckerlei versicherungspflichtig und zwar für alle darin beschäftigten Arbeiter. Die Beiträge richten sich nach der Höhe der letzten Jahresausgabe (Umlageverfahren) die Entschädigung für erlittene Unfälle je nach der Schwere derselben und nach Maßgabe des verdienten Lohnes. Für die ersten 13 Wochen haftet übrigens in allen Fällen die Krankenkasse bei einem Unfall. Allen Bibliothekalen des Vereins empfehlen wir bei dieser Gelegenheit die Anschaffung des Unfallversicherungsgesetzes mit Anmerkungen von E. v. Boehde, Verlag von J. Guttentag, Berlin. Preis 1 Mk.  
**W. J. S., Leuph.** Es sind noch 50 Pf. zu zahlen.

**Anzeigen.**

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Am Sonntag, den 6. September 1896, nachmittags von 2 Uhr ab

**Großes Sommer-Fest**

in der „Neuen Welt“, Hasenhalde, unter Mitwirkung der vier graphischen Gelangvereine. Festrede gehalten von Kollegen D. Ellner. Willens sind zu haben auf dem Nachweils, Neue-Friedrichstr. 86, 1. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

**Das Komitee.**

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Erfeld.

Die Versammlungen finden vom September ab nur noch alle 2. Samstage im Monat statt.

**Die Verwaltung.**

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Bei seiner Reise nach Amerika rufen 8 Kollegen Emmerichs dem Ath. **Verth. Schenker** ein herzliches Lebenswort zu. Er war ein treues und eifriges Mitglied der Organisation. Zahlstelle Emmerich a. Rh.

**Meyers Konversations-Lexikon**

sowie alle anderen Bücher liefert an solide Leute gegen bequeme Teilzahlungen von monatlich 3 M. H. O. Sperling, Buchhandlung, Stuttgart VII.

**Stomke's**

**Städtebuch**

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- u. Wegelarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Feinen geb. Preis 1,80 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 1,80 Mk. auch in Briefmarken von

G. Stomke's Verlag Bielefeld.

**Wichtige Werke für Steindruckere.**

Der **Steindruker an der Handpresse**. Von Lorenz Müller. Mit einer Chromolithographie in 14 Farben nebst Kontur- und Farbplatte. Mt. 4.

Der **Steindruker an der Schnellpresse**. Von Oskar Meta. Ein nützliches Lehrbuch für jeden Steindruckere. Mt. 2.

**Technische Ruffätze für Steindruker**. Von Oskar Meta. Mt. 4.

**Freie Ruffätze**. Illustriertes Fachblatt für Lithographie und Steindruckerei. Mit der Beilage „Graphische Musterblätter.“ Ganzjährig Mt. 10. — Probenummern gratis. Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung von

**Jos. Heim, Wien IV.**

und durch alle Buchhandlungen.

**Scherm's**

**Reisehandbuch für wandernde Arbeiter**

2. Auflage. Mit 10 Eisenbahnkarte und zwei Straßenkarten, geb. Mt. 1,50. Ca. 2000 Jahresreisen. u. a. Eingeleitet zur Vorbereitung des Reisenden bei den Centralvereinen, Brauer, Bäcker, Metzger, Fleischer, (Berb.) Metzger, Tabakar, Bergarbeiter, Schenker, Tourneebuch f. Radfahrer. Zu bez. auch aus Briefm. d. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhdlg. u. Kolp.

**Der Haupt-Catalog der Firma**

**O. Romniger Nachf., H. Berger,**

über Maschinen für Buch- und Steindruckereien, Leipzig

Buchbindereien, Cartonagen-Fabriken u. c.

ist soeben erschienen und wird auf Wunsch Interessenten gratis und franco zugesandt.